

6. Sitzung Lösungs sondierungsgruppe **Beschlossenes Protokoll**

Datum: 21. Juni 2010
Uhrzeit: 16.30 bis 20.30 Uhr
Ort: WSA Berlin
Mediatoren: Beate Voskamp & Stefan Kessen
Protokollantin: Claudia Schelp

Teilnehmer/innen:

WSA Berlin: Frau Dr. Ernst, Frau Bodenmeier, Herr Heier
BI/Verein „Bäume am Landwehrkanal“ bzw. Anwohner/innen: Herr Appel, Frau Dorbert, Frau Kleimeier, Frau Fortwengel, Herr Dohna

Begrüßung

Die Mediatoren begrüßten die Teilnehmer/innen zur 6. Sitzung der Lösungs sondierungsgruppe. Frau Bugner und Herr Lingenauber haben sich für die heutige Sitzung entschuldigt.

Tagesordnung

- Begrüßung
- Bericht über Gespräch mit WSA Berlin, WDS-Ost und Mediatoren im BMVBS am 19. Mai 2010
- Beauftragung eines „Planungsauftrags zur Kombination von Methodenelementen (Primärsanierungsmethoden)“ gemäß Forumsbeschluss vom 17. Mai 2010
 - Stand der Dinge:
 - Auftragsbeschreibung, Ziel und Inhalt
 - Terminplanung für Ausschreibung und Vergabe
 - Klärung darüber, was wem wie wichtig ist,
 - Verabredung über die Vorbereitung einer Beschlussvorlage für das Mediationsforum und über die nächste Lösungs sondierungsgruppensitzung
- Öffentliche Veranstaltung im September 2010
- Ausschreibung Öffentlichkeitsarbeit Landwehrkanal des WSA
- AG Anlegestelle Maybachufer / Kottbusser Brücke, Reederei Riedel am 12.7.2010
- Verabschiedung

Die Mediatoren erläuterten, dass in der letzten Sitzung der Lösungs sondierungsgruppe vereinbart worden war, auf Grundlage der erarbeiteten Ergebnisse an der Weiterentwicklung von Sanierungsmethoden für den gesamten Kanal zügig weiter zu arbeiten. Diesbezüglich und wegen der Erstellung einer Haushaltsunterlage (HU) habe Frau Dr. Ernst nächste Woche, am 29./30.6.2010, einen Termin im BMVBS in Bonn. Die heutige Sitzung solle der Vorbereitung dieses Termins dienen sowie der Abstimmung darüber, wie die weiteren Schritte des WSA nach dem Termin in Bonn aussehen und über den Fortgang insgesamt.

Darüber hinaus sei ein Tagesordnungspunkt der heutigen Sitzung, über das Gespräch mit dem BMVBS am 19. Mai 2010 zu berichten.

Die Vertreter/innen von Anwohnern und BI/Verein wiesen zudem darauf hin, dass Herr Scholz für das WSA Berlin in der Sitzung zum BSK (Berlin-Spandauer-Schiffahrtskanal) Zusagen gemacht hätte, 1 von 11

die noch nicht eingelöst bzw. umgesetzt worden seien und die ihrer Ansicht nach zeitlich jetzt anstünden. Sie bekräftigten, dass es ihnen wichtig sei, dass die getroffenen Vereinbarungen auch umgesetzt würden.

Bericht über das Gespräch mit WSA Berlin, WDS-Ost und Mediatoren im BMVBS am 19. Mai 2010

Frau Dr. Ernst berichtete, dass es für sie ein sehr guter Termin gewesen sei.

- Teilnehmer/innen waren:
 - für das BMVBS: Herr Klingen (Abteilungsleiter Wasser und Schifffahrt), Herr Stenschke (Stellvertretender Abteilungsleiter),
 - für die WSD Ost: Herr Menzel (Präsident), Herr Hildebrand, und
 - für das WSA Berlin: Frau Dr. Ernst (Leiterin Arbeitsgruppe Landwehrkanal)
 - sowie die Mediatoren Beate Voskamp und Stefan Kessen.
- Anlass für das Gespräch sei u.a. ein Wechsel des Abteilungsleiters im BMVBS gewesen: Der jetzige Abteilungsleiter Herr Klingen sei bisher Stellvertreter des Amtsvorgängers, Herr Törkel, gewesen; er sei den Mediatoren daher bereits bekannt gewesen und umgekehrt.
- Ziel des Treffens sei gewesen, über den Stand, Fortgang und Ausblick der Mediation zu sprechen.
- Seitens der Vertreter des BMVBS sei versichert worden, dass ein großes Interesse daran bestünde, dass es in der Mediation zu Verabredungen über die Sanierung des Landwehrkanals komme, bei denen sowohl die Bäume geschützt als auch Denkmal und Schifffahrt erhalten würden und dass dazu ein breiter gesellschaftlicher Konsens erreicht werden solle.

Herr Kessen erläuterte ergänzend, dass in dem Gespräch betont worden sei, dass nicht ein Kompromiss, sondern der Konsens das Ziel sei - was einen deutlichen qualitativen Unterschied darstelle.

Frau Dr. Ernst berichtete weiter, dass im BMVBS sehr positiv ankomme, dass das Mediationsverfahren insbesondere durch den beschlossenen Kriterienkatalog und den Forumsbeschluss zur Weiterentwicklung der Methodenfamilie kräftig an Fahrt hinzugewonnen habe. Ihrer Auffassung nach stelle dies einen Meilenstein dar, der ein wichtiger Schritt auf dem Weg hin zu einer Abschlussvereinbarung sei. Am 29.6. und 30.6.2010 solle bei dem erwähnten Gespräch im BMVBS in Bonn der rote Faden für die Konzeption der Haushaltsunterlage (HU) durch die WSV erarbeitet werden. Über den Planungsauftrag hinaus - wie er im Forumsbeschluss vom 17.5.2010 beschrieben wurde - würden im Rahmen der Erarbeitung der HU auch Sanierungsvarianten untersucht werden müssen, die im Forum nicht konsensfähig seien. Im Gespräch sei erörtert worden, dass noch herauszuarbeiten sei, wie die Differenz zwischen dem, was nur standsicher sei und dem, was standsicher und konsensfähig sei, aussehe. Es gebe keine Variante zum Nulltarif, führte Frau Dr. Ernst aus, vielmehr sei klar, dass auch für den reinen Erhalt des Landwehrkanals Kosten zu kalkulieren seien.

Frau Voskamp ergänzte, dass sie bei dem Gespräch im BMVBS verstanden habe, dass es nicht ginge, schlichtweg nichts zu tun, und dass die WSV dies auch nicht vorhabe. Vielmehr gehe es auch darum, gemeinsam zu definieren, was die sogenannte „Nullvariante“, d.h. der Referenzrahmen, sei: Die Nullvariante stelle den minimal nötigen Aufwand dar, die Verkehrssicherheit zu gewährleisten. Sobald diese definiert sei, könne eine möglicherweise bestehende Kosten-Differenz ermittelt werden zu der bzw. denjenigen Variante/n bzw. Methode/n, die im Forum konsensfähig seien. Dies aufzuzeigen sei wichtig für das parlamentarische Verfahren, welches das Projekt durchlaufen müsse. Herr Klingen habe erneut bestätigt, dass er hinter der Mediation stehe und sie unterstütze; dennoch müsse berücksichtigt werden, dass das Projekt der Zustimmung des Parlaments bedürfe und die Fachbehörde nicht allein entscheiden könne, berichtete Frau Voskamp. Die Bewilligung der finanziellen Mittel könne nur über den parlamentarischen Weg erfolgen. Die Mediatoren hätten anhand der Beispiele Sanierung Maybachufer/Kottbusser Brücke und Teststrecke Paul-Lincke-Ufer Herrn Klingen erläutert, mit welchem hohem Engagement und welcher hoher Ernsthaftigkeit die Beteiligten an guten gemeinsamen Lösungen arbe-

2 von 11

teten und dass z.B. die gefundene Lösung für das Maybachufer, die aus dem Forum heraus entstanden sei, nicht teurer sondern kostengünstiger gewesen sei als die durch das WSA Berlin ursprünglich vorgeschlagene. Die Mediatoren hätten dem BMVBS versichert, dass alle im Forum daran interessiert seien, Geld nicht unnötig auszugeben bzw. die Arbeiten unnötig zu verteuern, im Gegenteil.

Herr Appel wandte ein, dass seiner Meinung nach gar keine bzw. nur ganz grob Kosten ermittelt werden könnten, da es noch keine hinreichende Planung hierfür gebe: in diesem Stadium ließen sich einerseits die Kosten einer stadtoökologisch wirklich nachhaltigen Sanierung nur sehr unzureichend abschätzen, während bei den Kosten der Null- oder Minimalvariante – d.h. bloße Herstellung der Standsicherheit - ökologische Folgekosten i.d.R. nicht berücksichtigt würden. Für ihn seien in diesem Zusammenhang auch die Kosten des Unterlassens von Bedeutung. Dies sollte auch in den parlamentarischen Beratungen deutlich gemacht werden.

Frau Dr. Ernst erklärte, dass der derzeitige Stand ausreichend sei für die Erstellung der HU. Die HU stelle noch keine AU (Ausführungsunterlage dar), die eines höheren Detaillierungsgrades bedürfe. Sie erklärte, dass es sogar möglich sei, dass die konsensuale Lösung des Forums sich als kostengünstiger oder kostengleich erweisen könnte als die sogenannte Null-Variante. Im Laufe der Diskussion, einigten sich die Teilnehmer/innen darauf, nicht mehr von einer Nullvariante zu sprechen, da damit auch „Null Kosten“ assoziiert werden könnte - treffender sei die Bezeichnung Minimal-Variante.

Frau Fortwengel wies darauf hin, dass sie sich besser fühlen würde, wenn die Bürger/innen in diese Kostenermittlungen mit eingebunden würden. Frau Dr. Ernst erklärte, dass beabsichtigt sei, Transparenz zu gewährleisten und dass sie in der 23. Forumssitzung am 5. Juli 2010 über die Ergebnisse des Termins mit dem BMVBS am 29./30.6.2010 berichten werde.

Herr Kessen ergänzte, dass das Gespräch im BMVBS noch einen weiteren Tenor gehabt habe: So hätten die Mediatoren ihre Wahrnehmung dargestellt, dass trotz kleiner Streitereien die Stimmung im Forum immer mehr vom Miteinander geprägt sei, das habe auch Herr Menzel so empfunden bei seiner Teilnahme an der Forumssitzung 17. Mai 2010. Es gebe im Forum aus ihrer Sicht keinen einzigen, der gegen das Projekt sei oder vergoldete Geländer durchsetzen wolle. Dieses Miteinander schaffe auch Raum für gute gemeinsame Lösungen.

Herr Appel erinnerte daran, dass sie im Verlaufe des Mediationsverfahrens einige Mitstreiter/innen verloren hätten, die außerhalb des Forums weiterhin aktiv seien und sich gegen das Verfahren wenden, da sie sich mit ihren Anliegen nicht vertreten fühlten. Deren Vorwurf laute beispielsweise, die im Verfahren mitarbeitenden Bürgervertreter/innen seien rückwärtsgewandt und suchten nur den kleinsten gemeinsamen Nenner. Herr Dohna antwortete darauf, dass es immer einzelne Personen geben werde, die sich nicht vertreten fühlten und führte als Beispiel die Berlin-Brandenburger Bauindustrie an. Herr Kessen bekräftigte erneut, dass Mediation nicht im Elfenbeinturm stattfinden dürfe und auch nicht diesen Anschein erwecken dürfe. Aus Verfahrenssicht seien der Mediation keine Mitstreiter/innen verloren gegangen, da nach wie vor alle relevanten Interessensgruppen im Forum vertreten seien. Entscheidend sei, dass in der Mediation nach Möglichkeit die Interessen aller berücksichtigt würden. Er berichtete von Erfahrungen im Rahmen des Mediationsverfahrens zum Flughafen Wien: Im Anschluss an die Mediation haben einzelne Personen Klage eingereicht. Diese sei vom Gericht abgewiesen worden mit dem Hinweis, dass in der Mediation alle Interessen ausreichend berücksichtigt worden seien. Das Verfahren der Mediation sei dadurch gekennzeichnet, gemeinsam Lösungen zu finden. In dem Termin mit Herrn Klingen sei Herr Kessen sehr erfreut gewesen darüber, wie offen Herr Klingen sich der Mediation gegenüber gezeigt habe. Dabei habe Herr Klingen eingeräumt, dass es im Ministerium nicht nur Befürworter der Mediation gebe. Und er habe geäußert, dass sie als Verwaltung aus den in der Mediation gewonnenen Erkenntnissen hinzulernen wollten. Frau Fortwengel erklärte, wie sehr sie sich darüber freue, dass es diesen Rückhalt im Ministerium gebe und sie baue weiterhin darauf, von dort Unterstützung zu erfahren. Sie erzählte, sie selbst engagiere sich auch in einem weiteren Mediationsverfahren, das

kürzlich eingeleitet worden sei, nämlich bezüglich der Admiralbrücke in Kreuzberg: in der Gruppe der Bürger/innen sei sie dort eine der ganz wenigen, die sich vorstellen könne und dies auch vertrete, das Mediation Menschengruppen bei Konflikten weiter bringe und es ermögliche, gemeinsam gute und manchmal unerwartete Lösungen zu finden. Dieses zumindest habe sie in den 3 Jahren der Mediation zur Zukunft des Landwehrkanals gelernt und erfahren.

Herr Appel wies darauf hin, dass es gesetzliche Auflagen gebe, die Bürger/innen an Planungen zu beteiligen. Ernst zu nehmende Beteiligungsverfahren gebe es in Berlin allerdings seiner Auffassung nach leider noch zu wenige, all zu oft ließe die Qualität der Moderation zu wünschen übrig. Er plädierte dafür, dass es auch in dieser Hinsicht eine Verwaltungsreform geben müsse, damit künftig von den Verwaltungen selbst ausgehend noch stärker moderativ und mediativ gearbeitet werde, wie es u.a. auf dem kürzlich stattgefundenen bündnisgrünen Bezirkskongress "Mit der Stadt regieren" von engagierten Bürgern vertreten worden sei. Diese Leistungen immer extern zu vergeben, halte er auf Dauer für teuer. Überlegenswert sei aus seiner Sicht, in den Verwaltungen Mitarbeiter/innen so zu schulen, dass sie selbst qualifiziert Moderationen durchführen können, auch wenn das Argument der Parteilichkeit angeführt werden könne: Die Verwaltung solle durch Reform bzw. Fortbildung ihrerseits zu Konfliktbearbeitung mit der Zivilgesellschaft und Mediation befähigt werden. Gleichzeitig räumte Herr Appel selbst ein, dass die Verwaltung gegenüber den Bürgern/innen allzu oft selber als Partei auftrete bzw. so wahrgenommen werde.

Herr Kessen fasste zusammen, dass sich das Verfahren zur Zukunft des Landwehrkanals auf einem guten Weg befinde, das WSA könne sich nicht mehr auf alte Positionen und Handlungsweisen zurückziehen. Kritisiert werde, dass von diesen sich wandelnden Einstellungen und Entwicklungen innerhalb der WSV allerdings bei den Bürger/innen immer noch zu wenig ankomme, hier gelte es durch Taten noch kräftig zuzulegen. Auch sie als Mediatoren hätten den Eindruck, dass andernorts Bürgerbeteiligung häufig nur pro forma durchgeführt werde und dass für sehr geringe Kosten an den/die billigste/n Bieter/in vergeben werde ohne Blick auf die Qualität der Leistung.

Frau Dr. Ernst berichtete weiter, dass im dem Gespräch am 19. Mai 2010 auch darüber gesprochen worden sei, dass das Mediationsverfahren einmal ein definiertes Ende haben müssen, nämlich dann, wenn die Ziele des Verfahrens, die im Arbeitsbündnis vereinbart worden seien, erreicht wären. Sie hätten im Gespräch allerdings auch darin übereinstimmend gestimmt, dass auch über das Mediationsverfahren hinaus eine Kommunikations-Plattform eingerichtet werden müsse, mittels derer die Baumaßnahmen am Landwehrkanal begleitet würden. Frau Kleimeier erklärte, dass sich das Berichtete für sie sehr gut anhöre, wie genau die Kommunikationswege über das Verfahren hinaus aussähen, sei noch gemeinsam zu gestalten. Auch aus ihrer Sicht müsse es eine institutionalisierte Lösung hierfür geben und eine fortgesetzte Begleitung durch die Mediatoren. Frau Voskamp erläuterte, dass es gut und richtig sei, ein definiertes Ende zu haben mit einer klaren Abschlussvereinbarung. Teil dieser Vereinbarung könne dann u.a. auch eine Verabredung darüber sein, wie anschließend weiter kommuniziert und miteinander umgegangen werden solle. Wie genau das aussehen werde und wie die zeitlichen Vorstellungen dazu aussähen, wäre alles zum gegebenen Zeitpunkt im Forum gemeinsam zu besprechen und festzulegen. Dies werde auch notwendig sein, um den Bedürfnissen der Teilnehmer/innen gerecht zu werden. Nach Abschluss des Verfahrens sollte es keine losen Fäden mehr geben, sondern alles sollte gut zusammengebunden werden.

Frau Dr. Ernst freute sich, dass diese wichtigen Botschaften auch schriftlich in einem Protokoll zu diesem Termin fixiert worden seien, das bisher nur ihr und dem BMVBS vorliege, und von den Teilnehmer/innen des Gesprächs noch beschlossen und freigegeben werden muss.

Beauftragung eines „Planungsauftrags zur Kombination von Methodenelementen (Primärsanierungsmethoden)“ gemäß Forumsbeschluss vom 17. Mai 2010

- **Stand der Dinge:**
Auftragsbeschreibung, Ziel und Inhalt sowie Terminplanung für Ausschreibung und Vergabe
- **Klärung** darüber, was wem wie wichtig ist
- **Verabredung über die Vorbereitung einer Beschlussvorlage für das Mediationsforum und über die nächste Lösungs Sondierungsgruppensitzung**

Frau Kleimeier ging auf die zu ermittelnden Kosten für die verschiedenen Varianten ein und erklärte, dass man erfahrungsgemäß Kosten so „hinrechnen“ könne, dass sie passten, je nachdem welches Ergebnis man haben wolle. Sie fragte nach, wer beim WSA Berlin denn diese Kosten schätzen würde. Frau Dr. Ernst erklärte, sie wolle dies so transparent wie möglich gestalten. Sie stelle sich beispielsweise vor, dass - wie für Baumkataster und Bestandserfassung angedacht – auch hierfür zu Beginn mit dem ausgewählten Planungsbüro eine Auftaktveranstaltung mit Forumsvertretern stattfinden solle, auch um sicherzustellen, dass Kostendaten gemeinsam erarbeitet würden. Frau Dr. Ernst erklärte außerdem, dass es ihr als Leiterin der Arbeitsgruppe Landwehrkanal fremd sei, „etwas hinzurechnen“. Frau Kleimeier betonte, dass es wichtig sei, frühzeitig zusammenzuarbeiten und dass es schon mit der Definition der Minimal-Variante beginne, also noch bevor eine Auftaktveranstaltung stattfinden würde. Frau Voskamp hakte mit der Frage nach, welches denn die Minimal-Variante sein werde und ob hierfür schon hinreichend Klarheit herrsche. Frau Dr. Ernst schlug vor, dass dies aus ihrer Sicht z.B. die Variante Plass 6a sein könnte, da hier die Standsicherheit gewährleistet sei. Frau Fortwengel verwies auf den schon früher geäußerten Vorschlag, dass man mithilfe einer Teststrecke Kosten viel besser ermitteln könnte, und dass sich dabei auch mögliche Probleme dieser Variante herausstellen würden. Ein zentraler Faktor für die Kostenermittlung sei nach Einschätzung von Frau Kleimeier der notwendige Bodenaustausch: Mit Einsatz der Methodenfamilie würde man den Bodenaustausch einsparen - das könne man gut rechnen. Herr Dohna verwies darauf, dass die Variante Plass 6a sich so vermutlich von billig zu teuer entwickeln würde. Frau Dr. Ernst erklärte daraufhin, dass die Diskussionen in den letzten Sitzungen ihr zu mehr Klarheit verholfen hätten und für sie daher das Gespräch am 29. und 30. Juni 2010 mit dem BMVBS umso wichtiger sei. Herr Dohna verwies darauf, dass er Herrn Menzel aufgrund dieser Wichtigkeit, die er auch sehe, angeboten habe, an dem Gespräch gleichfalls teilzunehmen, dass dieser dies jedoch abgelehnt habe. Herr Kessen berichtete, dass er im Gespräch mit Herrn Klingen und Stenschke den Eindruck gehabt habe, dass die beiden Herren die Variante Plass 6a gar nicht im Fokus gehabt hätten, vielmehr sei es um Referenzzahlen gegangen. Letztlich wollten sie keinesfalls diejenigen sein, die es zu verantworten hätten, wenn womöglich eine Variante durchgedrückt würde, die weder vom Denkmalamt, noch von der Schifffahrt oder von den Bürgern/innen getragen werden könnte. Die Bürger/innen regten an aufzuschlüsseln, was durch das Mediationsverfahren schon an Kosten bei der Sanierung eingespart worden sei. Das Crush-Pile-Verfahren wäre z.B. wesentlich schneller als andere herkömmliche Bauausführungen – dadurch könnten Zeit und Kosten eingespart werden. Auch am Maybachufer sei eine kostengünstigere Variante umgesetzt worden als WSA-seits ursprünglich vorgeschlagen. Mit Einsatz der neuen Varianten könnte man den Bodenaustausch einsparen.

Herr Kessen fasste zusammen, dass es ein wichtiger Aspekt auch für das Gespräch in Bonn sei, deutlich zu machen, dass man mit den in der Mediation gewonnenen Erkenntnissen Geld sparen könne. Gemeinsam würde man darauf gucken, wo Einsparungen zu realisieren seien. Bei Realisierung einer Minimalvariante müsse man außerdem in die Betrachtung einbeziehen: mögliche Folgekosten, Umgang mit möglichen Protesten und auch ggf. notwendige Ausgleichsmaßnahmen.

Frau Dr. Ernst erinnerte an Erreichtes und erklärte, sie wollten sich gemeinsam freuen, dass es eine gute Teststrecke am Paul-Lincke-Ufer gewesen sei. Jetzt für die anstehende Winterbauphase 2010/2011 wolle man einen größeren Abschnitt angehen.

Nach einer kurzen Pause nahmen die Mediatoren die noch offenen Fäden auf und verwiesen auf die noch nicht besprochenen Punkte:

- Stand der Vorbereitungen bzgl. des „Planungsauftrags zur Kombination von Methodenelementen (Primärsanierungsmethoden)“?
- Was braucht das WSA noch als Vorbereitung auf den Termin in Bonn am 29./30.6.2010?
- Was nimmt das WSA mit zum Termin?

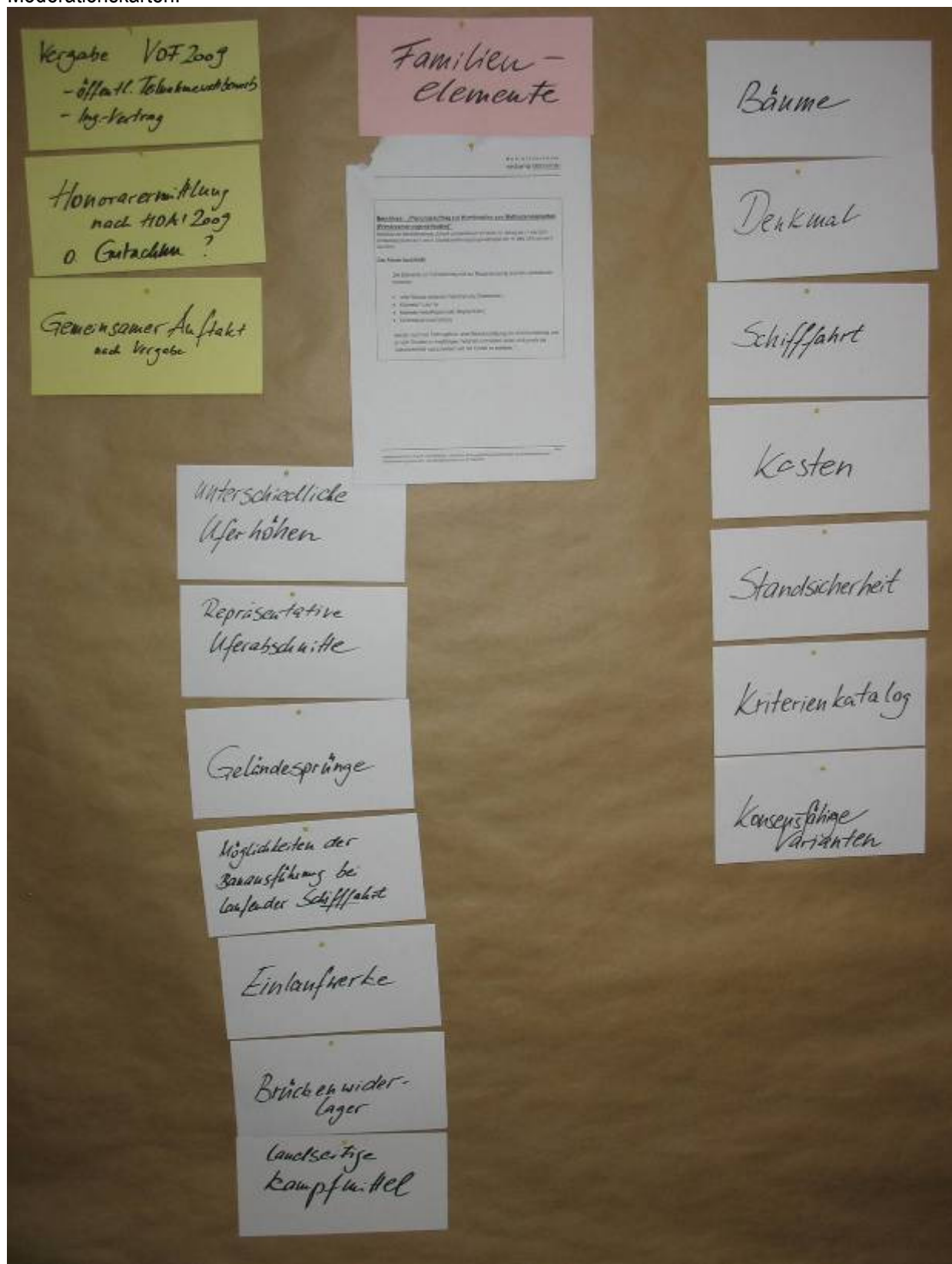
Frau Dr. Ernst erläuterte, dass sie offen in die Gespräche in Bonn gehen werde. Sie habe die Sanierungsmethodenfamilie an Frau Dr. Rettemeier im BMVBS geschickt, damit sie sich auf das geplante Gespräch gut vorbereiten könne. Für sie, Frau Dr. Ernst, sei der Weg sehr klar und seit Herr Heier Teil der Arbeitsgruppe Landwehrkanal sei, fühle sie sich gestärkt und noch fachlich besser aufgestellt in der Verwaltung. Auf Nachfrage, wie dieser klare Weg denn aussehe, führte sie aus, dass zunächst eine Planer/innenbeauftragung in die Wege geleitet würde. Sobald der/die Planer/in gefunden sei, würde eine Auftaktveranstaltung mit den Teilnehmern der Lösungs sondierungsgruppe stattfinden. Die Aufgabenstellung für den/die Planer/in sei noch nicht formuliert, solle aber beinhalten, dass tragfähige Varianten entwickelt und die dazugehörigen Kosten ermittelt werden sollten.

Frau Kleimeier stellte klar, dass aus ihrer Sicht die Aufgabenstellung gemeinsam formuliert und erarbeitet werden müsste und dass nach ihrem Verständnis aus diesem Grund die heutige Sitzung stattfände. Für sie sei das vergleichbar mit der Vorgehensweise bei Baumkataster und Bestandserfassung, hier aber noch wichtiger. Frau Dr. Ernst räumte ein, dass das für sie nicht so klar gewesen sei, da sie zunächst den Termin in Bonn hätte abwarten wollen. Danach könnte die Aufgabenstellung formuliert werden. Sie legte die geplante Zeitschiene dar, die vorsah, nach der Forumssitzung am Montag, den 5. Juli 2010 sogleich anschließend, d.h. am Dienstag, den 6. Juli 2010, den Auftrag öffentlich auszuschreiben. Darauf würde dann eine 15-tägige Angebotsfrist folgen. Ziel sei es, Anfang September 2010 eine/n Planer/in ausgewählt zu haben. Frau Kleimeier betonte, dass es zugunsten der Klarheit wichtig sei, Aufgabenstellung vor der Veröffentlichung gemeinsam und am besten in dieser Sitzung zu erarbeiten - analog zum Vorgehen bei Baumkataster und Bestandserfassung. Wenn es keine Tischvorlage des WSA gäbe, wie sie angenommen habe, dann sollte man die zentralen Punkte für die Auftragsbeschreibung jetzt gemeinsam zusammentragen. Aufgrund der geplanten engen Zeitschiene bis zur Sitzungspause im Sommer 2010 und wegen des hohen Entscheidungsdrucks einigten sich die Sitzungsteilnehmer/innen darauf, dass in der verbleibenden Zeit dieser Lösungs sondierungsgruppensitzung die Grundlagen erarbeitet werden sollten, so dass das WSA anschließend einen Aufgabentext formulieren könne. Am 5. Juli 2010, 15.00 bis 16.00 Uhr - d.h. vor der Forumssitzung, die um 16.30 Uhr beginnen werde, wurde eine kurze Sitzung der Lösungs sondierungsgruppe anberaumt, um gemeinsam auf die bis dahin erarbeitete Aufgabenbeschreibung zu schauen, die dem Forum vorgestellt werden soll. Frau Dr. Ernst räumte ein, dass aufgrund der knappen Zeit und der zahlreichen weiteren Termine der Arbeitsgruppe es sein könne, dass die Unterlagen bis dahin noch nicht hundertprozentig fertig seien. In gemeinsamer Abstimmung kamen die Beteiligten darin überein, dass Frau Dr. Ernst die Unterlagen zur Vorbereitung allen zur Verfügung stellt und dass dies voraussichtlich am Freitag, den 2. Juli 2010 im Verlaufe des Tages, wahrscheinlich eher abends, erfolgen werde. Dabei werde sie vermerken, zu wieviel Prozent sie schätze, dass die Aufgabenbeschreibung fertig sei. Sollte anschließend von ihr noch daran gearbeitet werden, mache es Sinn, diese Änderungen in einer anderen Farbe einzutragen, um die gemeinsame Arbeit am 5. Juli 2010 zu vereinfachen. Sollte in dieser Lösungs sondierungsgruppensitzung eine Vorlage mit allgemeiner Zustimmung vorliegen oder entstehen, sei es möglich, diese als Beschlussvorlage in der anschließenden Forumssitzung am selben Tag vorzustellen. Sollte es erheblichen Änderungsbedarf geben, bliebe noch die Möglichkeit, den Beschluss im Umlaufverfahren zu erreichen.

Die Teilnehmer/innen wandten sich den Inhalten der Auftragsbeschreibung zu: Die Vertreter/innen des WSA hatten Moderationskarten vorbereitet, auf denen sie Stichworte notiert hatten zum Inhalt des Auftrags und zu Rahmenbedingungen. Diese wurden an einer Pinnwand sichtbar für alle aufgehängt.

6 von 11

Präsentation des WSA zu Inhalt und Rahmenbedingungen des beabsichtigten Auftrags anhand von Moderationskarten:



Frau Kleimeier fragte nach dem Bezug der Notiz „Grundlage HOAI“. Herr Heier erläuterte, dass der Auftrag aus seiner Sicht Leistungen der Grundlagenermittlung und weitere planerische Leistungen wie sie in der HOAI (Honorarordnung für Architekten und Ingenieure) beschrieben würden, beinhalte. Daraufhin wand Frau Kleimeier ein, dass für einen Ansatz nach HOAI die anrechenbaren Kosten der Baumaßnahme bekannt sein müssten – und dies könne ja noch nicht der Fall sein. Viel wichtiger war ihr aber, klarzustellen, dass es sich hier noch nicht um einen Planungsauftrag handeln könne, wie der Verweis auf die Grundlage HOAI nahelege, sondern um eine gutachterliche Leistung: Es gelte, aus den vorhandenen Methodenvorschlägen und –elementen die geeigneten und weiterverfolgenswerten Ansätze und Lösungen herausfiltern und anschließend möglichst auch eine Empfehlung darüber aussprechen, mit welchen Teilen wie weitergearbeitet werden könne. Jede Variante oder jedes Element der „Familie“ müsse unter den folgenden Gesichtspunkten und Randbedingungen untersucht werden:

- Standsicherheit
- Technologie
- Kosten
- Auswirkung bei hohen Ufern
- Auswirkungen bei niedrigen Ufern
- Auswirkung bei Bäumen
- Auswirkung bei Brücken
- usw. (siehe Karten)

Das Ergebnis dieser Untersuchungen ergebe das nötige „Handwerkszeug“, um den gesamten Landwehrkanal planerisch anzugehen, erklärte Frau Kleimeier. Zunächst benötige man dieses Gutachten als Grundlage um dann den Entwurf für den ganzen Kanal zu erarbeiten. Dieser erste Schritt, um den es jetzt hier gehe, sei aus ihrer Sicht kein Planungsauftrag. Die Untersuchungen könnten dennoch gut auch an realen Kanalabschnitten durchgeführt werden. Das WSA Berlin solle exemplarischen Abschnitte, die sich eigneten, vorschlagen. Herr Appel plädierte dafür, dass die Bürger/innen aus ihrer Sicht und Kenntnis auch Abschnitte vorschlagen könnten, was unter den Beteiligten auf Zustimmung traf.

Die Mediatoren fassten das Gesagte zusammen:

- Der erste Schritt, der nun zu gehen sei, sei noch abstrakt und kein konkreter Planungsauftrag;
- die einzelnen Varianten / Elemente sollten an realen Abschnitten angeschaut und untersucht werden unter dem Blickwinkel:
 - was können sie?
 - wie sicher sind sie?
 - was kosten sie?

Frau Kleimeier ergänzte, dass das WSA als Auftraggeber außerdem Vorgaben für die Technologie machen sollten, und zwar hinsichtlich der Munitionssuche: im Uferbereich sollte z.B. nur in Ausnahmefällen nach Munition gesucht werden müssen. Sie legte besonders Wert darauf, dass der/die Gutachter/in am Ende der Untersuchung dem Forum eine Empfehlung aussprechen sollte.

Frau Dr. Ernst wies darauf hin, dass im Forumsbeschluss Elemente gesichert worden seien, keine kompletten Sanierungsvarianten. Gegenstand des Auftrags werde es sein, die Elemente zu tragfähigen Varianten zusammenzufügen. Dabei könne es durchaus sein, dass etwas Neues, über die Elemente Herausgehendes entstünde. Sie versicherte, dass dies keine Schreibtischvarianten sein sollten, sondern an konkreten Abschnitten zu prüfen sein würden. Das würde auch einer Einschätzung der Haushaltsmittel dienen. Anschließend könne ein/e Planer/in beauftragt werden.

Frau Dr. Ernst versicherte den Teilnehmer/innen, diese Idee der Strukturierung und Vorgehensweise mitzunehmen zur ihrem Termin in Bonn.

Frau Fortwengel erkundigte sich, ob auf Grundlage dieses Vorgehens auch im nächsten Winter 2010/2011 ein Bauabschnitt umgesetzt werden könnte. Daraufhin ergänzte Frau Kleimeier, dass ein weiterer Aspekt der Untersuchung sein könnte, aufzuzeigen, was nötig sei und wie es gehen könne, auch im Sommer bei laufendem Schiffsverkehr zu bauen.

Die Mediatoren hatten noch herausgehört, dass es wichtig sei „in der Familie zu bleiben, aber nicht an den Familienmitgliedern zu kleben“. Wenn es etwas Neues, Gleichwertiges gäbe, d.h. „ein neues Familienmitglied geboren würde“, sollte das in die Untersuchung mit hinein genommen werden und auch an den unterschiedlichen und ausgewählten Abschnitten geprüft werden.

Die Mediatoren nahmen den Wunsch nach einer Empfehlung seitens des/der Gutachters/in auf und erklärten, dass es für einen Außenstehenden schwierig sei, eine Empfehlung auszusprechen, denn er/sie müsse alle Interessen und Bedürfnisse aller Teilnehmer/innen der Mediation im Blick haben, all das, was in letzten 3 Jahren erarbeitet worden sei. Frau Kleimeier vertrat die Auffassung, dass man aus Ingenieurtechnischer Sicht eine Empfehlung aussprechen könnte. Andere Teilnehmer/innen erklärten daraufhin, dass diese Sicht nicht ausreichend sein könnte. Die Mediatoren wiesen darauf hin, dass es wichtig sei, den Blick nicht zu einzuschränken, damit man anschließend nicht zurückrudern müsse.

Herr Kessen fragte die Vertreter des WSA, ob sie mit den gemeinsam besprochenen Überlegungen so grundsätzlich mitgehen könnten, was Frau Dr. Ernst bejahte. Er fasste zusammen, dass deutlich geworden sei, dass egal was wann oder wie anliege, kleine Schritte gegangen werden müssten zur Verständigung, um dann auch alle Beteiligten mitzunehmen.

Herr Appel stellte die Frage, ob sich das Gutachterbüro im nächsten Schritt auch am Wettbewerb zur Planung beteiligen könne oder ob der/die Gutachter/in, der/die diesen ersten Schritt durchführe, sich dadurch disqualifiziere für die anschließend zu vergebende Planung. Frau Dr. Ernst sicherte zu, dass dem nicht so sein werde und der/die Gutachter/in sich bei Interesse auch an der Ausschreibung für die Planung beteiligen werden könne.

Die Mediatoren klärten, dass es anschließend gemeinsame Aufgabe des Forums sei, das gutachterlich Erarbeitete anhand ihrer Interessen und Bedürfnisse zu bewerten. Herr Appel stellte fest, dass hier eine hohe kommunikative Kompetenz des/der Planers/in bzw. Gutachters/in gefragt sei, was er eher für Neuland hielt für einige Planer/innen bzw. Gutachter/innen. Die Mediatoren wiesen darauf hin, dass das Forum die Entscheidungsgewalt nicht an den/die Planer/in bzw. Gutachter/in abgegeben habe. Die Gewichtung vorzunehmen auf Grundlage der Interessen und Bedürfnisse sei Aufgabe des Forums. Frau Kleimeier äußerte ihre Zuversicht, dass die Elemente / Varianten der Familie den Interessen und Bedürfnissen bereits entsprechen würden, weil sie ansonsten nicht in der Familie gelandet seien. Herr Kessen ergänzte, dass der/die Planer/in bzw. Gutachter/in in den Punkten, in denen er/sie Experte/in sei, den Kriterienkatalog ausfüllen könnte und sollte.

Ergänzend zu den vorzugebenden Rahmenbedingungen, die in der Auftragsbeschreibung festgelegt werden sollten, gehörte für Frau Kleimeier auch die Angabe derjenigen Höhe, in der die Unterwasserspundwand unter Wasser abgeschnitten werden sollte. Hintergrund sei die Sicherheit für kleine Sportboote und Paddler, für die sie ein Risiko sehe im Falle von notwendigen Ausweichmanövern. Diese könnten an über Wasser nicht sichtbaren Spundwänden womöglich hängen bleiben oder gar kentern. Dies gelte es vorsorglich zu verhindern. Herr Heier erklärte daraufhin, dass der Bereich hinter den Spundwänden nicht als Ausweichfläche ausgewiesen werden könne. Herr Kessen knüpfte an das zuvor Gesagte an, nämlich dass bereits die Komplexität dieses Beispiels zeige, dass nur die Forumsteilnehmer/innen die Interessen abwägen könnten und diese Entscheidung nicht an Außenstehende, auch nicht an eine/n Gutachter/in abgeben sollten.

Öffentliche Veranstaltung

Bereits zu Beginn der heutigen Sitzung hatten die Teilnehmer/innen die gemeinsame Wartezeit bis alle eingetroffen waren, genutzt, um sich über die für September 2010 geplante öffentliche Veranstaltung des Mediationsverfahrens auszutauschen.

Für die öffentliche Veranstaltung kristallisierten sich demnach zwei Termine als Favoriten heraus: Donnerstag der 2. September 2010, der Tag des 160. Geburtstags des Landwehrkanals und Samstag, 4. September 2010. An einem Samstag habe auch die erste öffentliche Veranstaltung 2007 stattgefunden. Die Teilnehmer/innen tendierten eher zu dem Donnerstag, u.a. da am Samstag weitere Veranstaltungen stattfinden würden. Als Veranstaltungsort sei das Umspannwerk Kreuzberg für den 4.9.2010 bereits vorsorglich vorgemerkt worden. Ob dies auch für den 2.9.2010 gehe, müsse erst noch angefragt werden, berichteten die Mediatoren.

Frau Dr. Ernst und die Mediatoren berichteten, dass in dem Gespräch mit Herrn Klingen außerdem die Idee entstanden sei, die Fertigstellung der Sanierungsarbeiten am Maybachufer / Kottbusser Brücke mit einem Festakt zu würdigen und beides miteinander zu verbinden. Die Teilnahme von Herrn Klingen solle Ausdruck der Wertschätzung für die engagierte Arbeit aller Forumsbeteiligten und für das gemeinsam Erreichte sein. Herr Kessen schlug vor, den Tag wie eine Tour zu organisieren, z.B. nachmittags zuerst das Event am Maybachufer mit Herrn Klingen und Herrn Menzel zu machen und anschließend abends die öffentliche Veranstaltung. Da beides räumlich nah beieinander liege, ließe sich das gut miteinander verbinden. Frau Bodenmeier erklärte, dass 18.00 Uhr eine gute und geeignete Uhrzeit sei, die öffentliche Veranstaltung zu beginnen. Die Räumlichkeiten könnte man schon vorher, z.B. ab 16.00 Uhr zugänglich machen: Mit einer kleinen Ausstellung der bisher erzielten Ergebnisse, könnte man die Kommunikation zwischen den Besuchern/innen anregen.

Frau Kleimeier betonte, dass sich das für sie alles sehr gut anhöre und man diese Ideen noch weiter ausgestalten müsste. Ihr sei wichtig, dass künftig bitte nicht mehr vom der Möglichkeit des „Zuschüttens des Kanals“ gesprochen werde.

Die Überlegungen zur öffentlichen Veranstaltung sollen am 5. Juli 2010 in der nächsten Forumssitzung konkretisiert und beschlossen werden.

Ausschreibung Öffentlichkeitsarbeit Landwehrkanal

Die Bürger/innen fragten erneut nach, warum die Leistung der Öffentlichkeitsarbeit für den Landwehrkanal seitens des WSA Berlin neu ausgeschrieben worden sei und worin die Ursache liege, ob z.B. in einer unausweichlichen rechtlichen Lage. Frau Dr. Ernst erklärte, dass dem nicht so sei und sie bat um Verständnis, dass sie darüber hinaus nicht in der Lage sei, dazu weitere Erklärungen abzugeben. Die Bürger/innen stellten klar, dass sie mit Frau Bodenmeier diejenige Person im WSA verlieren würden, die außer ihnen den 2007 amtierenden Amtsleiter Herrn Brockelmann und damit die Anfänge der Mediation erlebt hätte, zu der sie Vertrauen hätten und mit der sie 3 Jahre gut zusammen gearbeitet hätten. Ihnen sei wichtig, diese Kontinuität und den gemeinsamen Erfahrungsschatz für die weitere Arbeit sicher zu stellen. Frau Dr. Ernst bestätigte, dass auch sie gut mit Frau Bodenmeier zusammen gearbeitet habe. Die nun durchzuführende Markterkundung sei nicht auf ihre Initiative zurückzuführen, sondern liege wohl in der Art des Zustandekommens ihres Vertrags begründet.

Zum Terminplan erläuterte Frau Dr. Ernst, dass die Frist für das Einreichen der Bewerbungen am heutigen Tag, am 21.6.2010, ende und dass 12 Teilnahmeanträge eingegangen seien. Das bekannte und normale Prozedere werde auch hier ablaufen, so dass die 12 Teilnehmer/innen aufgrund ihrer eingereichten Unterlagen zunächst auf 3 Teilnehmer/innen reduziert und zu einem Gespräch eingeladen würden. Der Vertrag von Frau Bodenmeier laufe am 30.06.2010 aus, sie werde zunächst aber, d.h. bis zur Forumssitzung am 5.7.2010, auf Stundenbasis weiterarbeiten. Die Mediatoren fragten mit Blick auf die geplante öffentliche Veranstaltung im September 2010 nach, wann die Entscheidung über den Fortgang fallen werde. Dies sei Mitte Juli 2010 der Fall erklärte Frau Dr. Ernst, der Leistungsbeginn werde dann sofort erfolgen müssen. Die Mediatoren wiesen darauf hin, dass es wichtig sei, den Forumsteilnehmer/innen gegenüber die Entscheidung transparent zu machen und eine Information per Email hierzu an die Beteiligten zu versenden, da nach dem 12. Juli 2010 bis Ende August / Anfang September 2010 keine Sitzung stattfinden werde. Frau Dr. Ernst sagte dies zu.

AG Anlegestelle Maybachufer / Kottbusser Brücke, Reederei Riedel am 12.7.2010

Frau Voskamp berichtete, dass sie aufgrund eines Hinweises von Herrn Lingenauber in der letzten Forumssitzung erfahren hätten, dass es eine Stellungnahme des Bezirks Kreuzberg zum geplanten Anleger der Reederei Riedel gebe. Sie hätten diese daraufhin über Frau Kalepky angefordert und an die Teilnehmer/innen der betreffenden Arbeitsgruppe versandt. Herr Freise habe daraufhin zunächst zurückgemeldet, dass er kein Interesse an weiteren Terminen habe, da er über den Umgang der beteiligten Behörden mit dem Vorhaben total frustriert sei. Da bei den Mediatoren bisher nur positive Rückmeldungen zu der geplanten AG-Sitzung dazu am 12. Juli 2010 eingegangen seien und diese eine Chance darstelle, mit allen gemeinsam zu reden, hätten sie Herrn Freise gebeten, seine Entscheidung noch einmal zu überdenken (*zwischenzeitlich hat er seine Teilnahme an der Sitzung bestätigt*).

Die Mediatoren erläuterten, dass sie neben der inhaltlichen auch immer die Verfahrensebene im Blick hätten. So sei für viele schwer nachvollziehbar, dass solch eine Stellungnahme existiere von einer Behörde, die im Mediationsverfahren beteiligt sei und dass solche wichtigen Informationen dann nicht in das Verfahren eingespeist würden. Sie wünschten sich künftig mehr Aufmerksamkeit aller Beteiligten und hofften auf positive Veränderung. Ihr Anliegen sei es, in dieser Sitzung sowohl inhaltlich auf Planung und Stellungnahmen einzugehen als auch die Verfahrensebene anzusprechen, d.h. gemeinsam zu schauen, wie sich solche Dinge in Zukunft vermeiden ließen. Dabei gehe es nicht um Schuldzuweisung, vielmehr setzten sie auf eine positive Weiterentwicklung.

Verabschiedung

Um 20.30 Uhr wurde die Sitzung beendet und die Mediatoren wünschten allen einen schönen Abend.